

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.07.2021

Inhalt

EWN

1 Größter Solarpark im Land am Netz <i>Schweriner Volkszeitung - Güstrower Anzeiger, 03.07.2021</i>	3
2 Erneuter Druck auf Biden wegen Nordstream 2 <i>Reuters Deutscher Textdienst, 03.07.2021</i>	4
3 Pilotprojekt schürt Atom-Ängste <i>Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 05.07.2021</i>	5

 Schweriner Volkszeitung - Güstrower Anzeiger | 03.07.2021 | S. 08-SGU SEITE 8

 Auflage: 6.493 | Reichweite: 23.098

 Toni Cebulla

Größter Solarpark im Land am Netz

Photovoltaikanlage in Zietlitz soll künftig 18 500 Haushalte in der Region mit sauberem Strom versorgen

Ein dunkler, großer und ruhiger See glänzt in der brütenden Julisonne. Was von weitem wie ein ruhendes Gewässer aussieht, sind Tausende von Solarpanelen. Der Solarpark in Zietlitz startete am Freitag offiziell in den Betrieb. Die rund 200 000 Photovoltaik-Module sind auf einer Gesamtfläche von etwa 86 Hektar errichtet worden. Das entspricht etwa der Größe von 140 Fußballfeldern. 18.500 Vier-Personen-Haushalte sollen damit pro Jahr mit erneuerbarer, sauberer Energie versorgt werden. Zur Eröffnung waren Prominente aus **Wirtschaft** und Politik zu einem Rundgang über das Gelände eingeladen.

Die Photovoltaikanlage steht auf dem Gelände des ehemaligen Kiestagebaus. Der Park verfügt über eine Nennleistung von 80 Megawatt Peak, dies ist die spezifische Bezeichnung für die Leistung von Solarzellen. Die jährlich produzierte Strommenge beträgt rund 74.000 Megawattstunden. Darüber hinaus werden etwa 40 000 Tonnen Kohlendioxid vermieden.

13 Wechselstationen sammeln die Energie von jeweils rund sechs Hektar Photovoltaik-Modulen. Das entspricht jeweils 4,6 Megawatt. Jede Station wandelt den Wechselstrom in Gleichstrom um. Gesammelt geht die gesamte Energie dann zu einem Umspannwerk beim Stromnetzpunkt des Betreibers und Investors, der Wemag **AG**.

Wilfried Baldermann (CDU), Bürgermeister der Gemeinde Dobbin-Linstow, besuchte ebenfalls den Solarpark und war über das Projekt sehr erfreut. „Das moderne **Gewerbe** an diesem Standort kommt allen zugute“, so Baldermann. Ihm sei wichtig, zu erwähnen, dass hier keine **wirtschaftliche** Nutzfläche entzogen wurde und die Gemeindevertretung jederzeit die

Möglichkeit genutzt habe, sich über das Projekt transparent zu informieren. „In der Bevölkerung besteht eine hohe Akzeptanz für diese Energiegewinnung. Dass hier einmal Energie produziert wird, hätte ich mir nicht träumen lassen.“

Zu den Gästen der technischen Inbetriebnahme des Solarparks gehörte auch die Ministerpräsidentin des Landes **Mecklenburg-Vorpommern**, Manuela Schwesig (SPD): „In den nächsten Jahren steht auch MV vor der Herausforderung, klimaneutraler zu **wirtschaften**. Gleichzeitig brauchen wir, gerade nach der Corona-Krise, **wirtschaftliches** Wachstum, gute Arbeitsplätze und sozialen Ausgleich“, so die Ministerpräsidentin.

„Ein Bereich sind die erneuerbaren Energien. Der Solarpark Zietlitz ist ein großer Schritt auf dem Weg in Richtung sauberer Energie und saubere Arbeitsplätze“, sagte Schwesig. Weiterhin bedankte sie sich für die gute Zusammenarbeit mit der Wemag und der Goldbeck Solar GmbH, die für die Bau- und Detailplanung verantwortlich zeichnet.

„Als moderner Öko-Energieversorger vernetzen wir nicht nur Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Region, sondern bauen auch eigene Kraftwerke. Der Solarpark Zietlitz ist das bislang größte Photovoltaikprojekt, das die Wemag gemeinsam mit Partnern gebaut hat“, sagte Vorstand Thomas Murche.

Die Anlage zeichne sich durch hochwertige Komponenten, eine leistungsstarke IT-Infrastruktur und ein gehobenes Sicherheitskonzept aus. „Der Zugang funktioniert nicht mehr mit einem konventionellen Schlüssel, sondern digital und die Überwachung der Anlage erfolgt über eine Satellitenkommunikation“, erklärte Thomas Murche.



📄 Reuters Deutscher Textdienst | 03.07.2021

👤 Reporter: Timothy Gardner, geschrieben von Esther Blank

USA/GERMANY/NORDSTREAM

Erneuter Druck auf Biden wegen Nordstream 2

Berlin, 03. Jul (Reuters) - US-Präsident Joe Bidens Regierung könnte erneut wegen der Gaspipeline *Nordstream 2* unter Druck geraten. Ein Ausschuss des Repräsentantenhauses hat diese Woche einen Änderungsantrag verabschiedet, der die Aufhebung von Sanktionen für das Projekt durch das US-Außenministerium verhindern soll. "Diese Sanktionen sind obligatorisch, sie sind keine Ermessenssache", sagte der demokratische Abgeordnete Marcy Kaptur, der den Änderungsantrag unterstützt. Das Repräsentantenhaus verabschiedete den Änderungsantrag einstimmig. Der Änderungsantrag bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2022. Das Projekt *Nordstream 2* ist bereits zu 95 Prozent fertiggestellt. Der Änderungsantrag des Ausschusses muss noch vom ganzen Repräsentantenhaus und vom Senat genehmigt und von Präsident Joe Biden unterzeichnet werden, bevor er in Kraft treten kann.

An *Nordstream 2* sind der russische Staatskonzern

Gazprom und fünf europäische Energieunternehmen, wie Wintershall Dea (WINT.UL), OMV (OMV.VI) sowie Uniper (UN01.DE), Royal Dutch Shell (RDSa.L) und Engie (ENGIE.PA). beteiligt. Das Projekt ist die zweite Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland. Im Mai hatte das US-Außenministerium dem Kongress einen Bericht übermittelt, der zu dem Schluss kam, dass die *Nord Stream 2* AG und ihr CEO Matthias Warnig, sanktionswürdige Aktivitäten ausüben. Außenminister Antony Blinken hob diese Sanktionen jedoch sofort auf, da dies im nationalen Interesse der USA sei.

US-Präsident Joe Biden lehnt das 11 Milliarden Dollar teure Projekt ab. Die US-Regierung befürchtet, dass Russland *Nord Stream 2* als Druckmittel einsetzen könnte, um die Staaten der Europäischen Union zu schwächen. Biden will aber auch die Beziehungen zu den Deutschland verbessern. Die USA exportieren Erdgas in der Form von LNG nach Europa. Das russische Gas ist billiger.

📰 Landeszeitung für die Lüneburger Heide | 05.07.2021 | S. 3

📄 Auflage: 25.505 | Reichweite: 71.420

👤 Von Joachim Zießler

Pilotprojekt schürt Atom-Ängste

In einem Salzstock, 18 Kilometer von Lüneburg entfernt, sollen Methoden für die Endlagersuche erprobt werden

Salzhausen/Garstedt. Wird eine Region im Zusammenhang mit der Suche nach einem **Atomendlager** mit einem Pilotprojekt versehen, ist die Aufregung dort groß. Das war so, als in Gorleben Ende der 80er-Jahre eine Pilot-Konditionierungsanlage errichtet wurde. Das ist jetzt so in Garstedt, Luhdorf und in der Samtgemeinde Salzhausen. Weil hier am Salzstock Bahlburg Kriterien für die Bewertung der Sicherheit von Salzstöcken entwickelt werden sollen. Nun ist die Sorge im benachbarten Kreis groß, dass der Einsatz von Wissen und Geld unter Tage vor Ort den Salzstock Bahlburg, der in Luftlinie nur 18 Kilometer von Lüneburg entfernt ist, auf der Liste möglicher Endlagerstandorte ganz nach vorne rutschen lässt.

Am 16. Juni erfuhren Vertreter des Landkreises Harburg bei einer digitalen Endlagerkonferenz eher am Rande und auf Nachfrage, dass die Bundesgesellschaft für Endlager (**BGE**) den Salzstock Bahlburg zu einem Pilotprojekt für den Wirtsgestein-Typ „stehende Salzstrukturen“ ernennen will. In dem Salzstock, der sich von Luhdorf bis hinter Garstedt in 640 bis 1500 Meter über etwa 10 Quadratkilometer hinzieht, soll erprobt werden, wie man die Sicherheit von Salzstöcken im Hinblick auf ihre Endlagerfähigkeit bewerten kann.

Das sorgt in der Region für Unmut. Landrat Rainer Rempe, Winsens Bürgermeister André Wiese, Salzhausens Samtgemeindebürgermeister Wolfgang Krause und dem örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Grosse-Brömer stoßen sowohl das Projekt als auch die mangelhafte Kommunikation darüber auf. „Ein solches Vorgehen sorgt bei den Menschen vor Ort für Verunsicherung und Misstrauen“, sagt Landrat Rempe. „Das ist mehr als unglücklich gelaufen“, sagt Bürgermeister Wiese. „Bei diesem sensiblen Thema wäre angezeigt gewesen, den gewählten Bundestagsabgeordneten zu informieren“, meint Grosse-Brömer, der die Frage aufwirft: „Warum eine solche Prüfung in Bahlburg und nicht in Gorleben stattfinden soll?“ Dort sei Know-how und Material vorhanden.

Die **BGE** reagierte auf die Kritik, wie Andres Wulfes,

Pressesprecher des Landkreises Harburg mitteilte: „In einem Telefonat vor der Kreistagssitzung am Mittwoch hat sich ein Behörden-Sprecher beim Landrat für die fehlende Vorab-Information entschuldigt.“ Nun soll es nicht nur ein persönliches Treffen, sondern auch eine Infoveranstaltung für Bürger geben. „Mir wurde gesagt, das sei keine Entscheidung für Bahlburg als Endlager“, sagte Rempe im Kreistag, „trotzdem ist die Kommunikation außerordentlich unterirdisch.“

Dr. Bernd Redecker vom Lüneburger Aktionsbündnis gegen **Atom** sieht keinen Grund für Aufregung: „Das ist definitiv keine Vorfestlegung auf Bahlburg als Endlager.“ Dass nun am Sonnabendnachmittag offiziell vier Modellregionen benannt wurden – Bahlburg (Salzstock), Thüringer Becken (flache Salzlager), Bayern/Baden-Württemberg (Opalinuston), Sachsen bis Baden-Württemberg (Saxothuringikum; kristallin) – diene der Methodenentwicklung. Das heiße laut **BGE** aber nicht, dass die ausgewählten Gebiete besser oder schlechter für die spätere Endlagerung geeignet seien. Mit der an den Standorten entwickelten Methodik sollen dann auch die übrigen 85 Suchgebiete beleuchtet werden.

Eine transparente Offenlegung der Kriterien nach denen Bahlburg ausgewählt wurde, fordern alle Entscheidungsträger vor Ort. Bei der ersten Ausschlussrunde im September 2020 war der Salzstock Bahlburg im Teilgebiet 34 insgesamt wie folgt bewertet worden: „Die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien lässt daher eine günstige geologische Gesamtsituation für die sichere Endlagerung **radioaktiver** Abfälle erwarten.“ Und dies, obwohl der Schutz durch das Deckgebirge nur als „bedingt günstig“ eingestuft wurde.

Vor knapp vier Jahrzehnten waren Geologen zu einem diametral entgegengesetzten Urteil gekommen. 1982 war die Bundesanstalt für Geowissenschaften in Hannover beauftragt worden, mit Daten der Öl-Konzerne die Eignung der niedersächsischen Salzstöcke für die Endlagerung des strahlenden Mülls zu untersuchen.

Sie sollten nach Standorten mit einem mindestens 200 Meter starken Deckgebirge suchen.

Bahlburg fiel im Bericht aus dem Jahr 1983 noch durch das Raster aufgrund der „geringen Größe der weniger als 700 m unter Normalnull gelegenen Teile der Salz-

stockoberfläche“. Damals galten Einlagerungssohlen, die tiefer als 1000 Meter liegen, als ungeeignet, weil man annahm, dass es dort zu heiß werde. Bei der aktuellen Suche werden aber auch Salzstöcke bis 1500 Meter unter der Erde untersucht. So wurde Bahlburg pilotprojekt-geeignet.